Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 2

Artikel: Ideen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit
Autor: Geuenich, Michael
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165887

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ideen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit

Michael Geuenich, Düsseldorf, geboren 1935, Berufsausbildung als Dreher. Seit 1964 ist Michael Geuenich gewerkschaftlich und politisch engagiert. 1970–1975 war er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und Arbeitskreisleiter Wirtschaft der SPD-Landtagsfraktion. Im Laufe des Jahres 1985 wurde er Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Mitglied des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes sowie Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Union, wo er seit 1990 Mitglied des Präsidiums ist, von Januar bis Oktober 1992 als Präsident.

On the search for a way out of mass unemployment, the Powers That Be can't manage to agree on its causes. Geuenich claims that the high unemployment figures are above all a result of low economic growth rates, and sees as a requirement an economic upturn which does not fail to take into consideration the postulates of an ecologically sustainable policy. Among the essential measures belonging to such a policy is geographical promotion: in Germany the geographical advantage which is sold is primarily one of innovation; accordingly, Geuenich sees a need for action in the – insufficiently supported – education and research sector. Furthermore, even the labour unions are prepared to accept a wage policy that is adapted to global competition – flexibility when it comes to the needs of the corporation, reductions in working hours without full wage compensation, and very small gross labour costs in certain work situations. As the third lever, Geuenich identifies a sensible European macroeconomic policy including a coordinated set of financial and taxation policies.

Vorweg möchte ich feststellen, dass eine Lösung der derzeitigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zur Voraussetzung hat, dass die *«Wagenburg-Mentalität»* von Interessengruppen und politischen Parteien endlich überwunden wird. Wir leben heute in einer anderen Welt als in den sechziger und siebziger Jahren: Es hat keinen Sinn, die Schlachten von gestern und vorgestern zu wiederholen. Zu diesen unseligen Konflikten gehört auch die ideologische Debatte zwischen den Konzepten einer nachfrageorientierten Politik und einer angebotsorientierten Politik.

Schon über die Ursache der derzeitigen Arbeitslosigkeit scheiden sich die Geister – insbesondere, wenn es um die Frage geht, wie gross der Anteil der *strukturell* bedingten Arbeitslosigkeit ist. Ohne Zweifel hat ein erheblicher Teil der derzeitigen Arbeitslosigkeit konjunkturelle Gründe. Das Ifo-Institut hat in seiner Studie einen Prozentsatz von 40 Prozent für Westdeutschland errechnet. Doch was heisst hier konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit? Fest steht – und dies hat auch die Ifo-Studie bestätigt –, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit entscheidend von der Wachstumsrate abhängt. Für Westdeutschland wurde errechnet, dass ein Prozentpunkt Wachstum des Bruttoinlandprodukts über der Arbeitslosigkeitsschwelle von 2,3 Prozent die Arbeitslosenquote um einen halben Prozentpunkt senkt.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitätssteigerung bestimmt die sogenannte Arbeitslosigkeitsschwelle. Bei einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts von 1,7 Prozent seit der letzten Rezession von 1993 braucht sich also niemand über steigende Arbeitslosenzahlen zu wundern. Mit anderen Worten: Wir hatten einen «Konjunkturaufschwung», der zu einer Zunahme der Arbeitslosenquote führte.

Kernproblem: Wachstumsschwäche

Das Kernproblem für die derzeitige Arbeitslosigkeit ist ein *zu schwaches wirtschaftliches Wachstum.* Diese Wachstumsschwäche ist jedoch nicht nur auf konjunkturelle Ursachen zurückzuführen. Bevor ich auf die Frage eingehe, welche Massnahmen ergriffen werden könnten, um das wirtschaftliche Wachstum zu erhöhen, möchte ich zwei Aspekte behandeln, die in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung sind: Die Umweltverträglichkeit und die Globalisierung.

Nicht zuletzt angestossen vom «Club of Rome» war die Diskussion geprägt von den Vorstellungen, dass der Umweltschutz «Grenzen des Wachstums» setzt. Ich glaube, es ist Zeit, dass wir diese Debatte um «die Grenzen des Wachstums» im Zusammenhang mit der heutigen Wachstumsschwäche wieder aufnehmen. Ich behaupte, dass eine hohe Wachstumsrate nicht gleichbedeutend ist mit negativen Umweltauswirkungen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vertritt seit vielen Jahren das Konzept des qualitativen Wachstums, das im Einklang mit den Vorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung stehen muss. Förderung von wirtschaftlichem Wachstum heisst vor diesem Hintergrund, konsequenter als in der Vergangenheit Massnahmen zum Rohstoff- und Energiesparen zu ergreifen. Aus zeitlichen Gründen möchte ich hierzu keine weiteren Vorschläge machen; doch möchte ich darauf hinweisen, dass auch in diesem Bereich marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente, wie z.B. Ökosteuern, eine grosse Rolle spielen können.

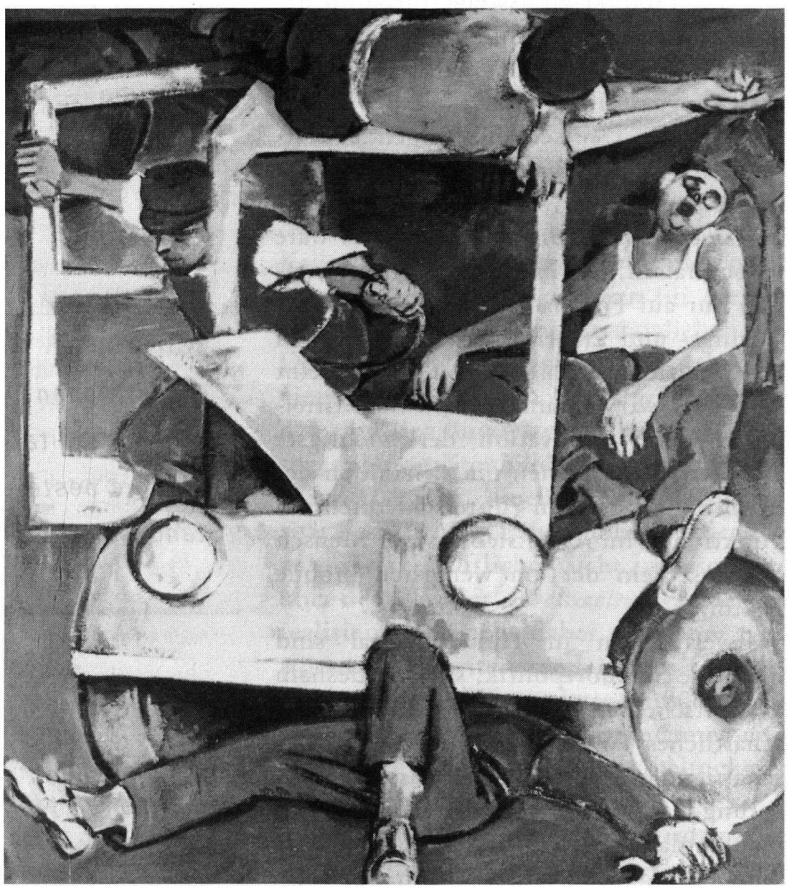
Insbesondere die nachfrageorientierten Wirtschaftskonzepte müssen sich mit einem Problem auseinandersetzen, das früher in der Wirtschaftspolitik keine grössere Rolle spielte. Ich denke an das Problem der *Globalisierung*. Die Herausforderung der Globalisierung besteht nicht so sehr in der zunehmenden Wachstumsrate des internationalen Handelsaustauschs; sie liegt in der Internationalisierung des Finanzkapitals und – dies erscheint mir noch bedeutsamer zu sein – in der *Internationalisierung des Unternehmenssektors* selbst. In den Jahren von 1975 bis 1995 stieg die Zahl der transnationalen Konzerne von 7000 auf 39 000. Diese 39 000 Konzerne haben allein 270 000 Tochterunternehmen. Der Umsatz dieser transnationalen Konzerne betrug 1993 6 Billionen Dollar (zum Vergleich: der weltweite Warenexport betrug 1993 3,6 Billionen Dollar).

Was viele auch übersehen ist, dass der Anteil des konzerninternen Handels am Aussenhandel zunimmt. Nach amerikanischen Untersuchungen sind in den USA 43 Prozent aller Importe und 32 Prozent aller Exporte konzerninterner Handel. Die wichtigste Konsequenz der Internationalisierung des Unternehmenssektors ist, dass neben der Mobilität des Finanzkapitals eine zunehmende Mobilität des Sachkapitals registriert werden kann.

Hoher Stellenwert der Standortkonkurrenz

In den Mittelpunkt wirtschaftspolitischen Handelns rückt damit die *Standortkonkurrenz* um die zunehmende Zahl transnational agierender Konzerne. Eine Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, eine Politik, die wirtschaftliches Wachstum fördern will, muss heute mehr denn je eine standortbezogene, angebotsorientierte Politik betreiben. Sie werden vielleicht erstaunt sein, dass ein Gewerkschafter so etwas sagt. Sie werden gleich merken, dass meine Vorstellungen von einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sich durchaus von dem unterscheiden, was die Ideologen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik traditionell vertreten. Eine standortbezogene Wachstumspolitik für mehr Beschäftigung kommt, wie ich nachweisen werde, nicht ohne eine nachfragefördernde Makropolitik aus.

Bezogen auf den Standort Deutschland gibt es drei Handlungsbereiche, die je



Mario Comensoli «La machine infernale», 1957, 180,5 x 140 cm. Aus: Mario Comensoli, Ausstellung im Kunsthaus Zürich, Katalog, 5. August bis 1. Oktober 1989, Benteli Verlag, Bern 1989.

nach Interessenstandpunkt natürlich unterschiedlich bewertet werden: die *Kosten*, die *Innovationen* und der *Wechselkurs*. In Deutschland wird insbesondere von Unternehmerseite immer wieder auf die zu hohen Löhne und Steuern verwiesen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang nicht mit allzu vielen Zahlen langweilen; doch möchte ich darauf hinweisen, dass sich die realen Lohnstückkosten in Deutschland im Jahresdurchschnitt seit den siebziger Jahren günstiger entwickelt haben als in den USA. Was die Unternehmenssteuer angeht, so haben wir in Deutschland seit 1986 einen Rückgang der Steuerbelastung der Unternehmensgewinne von 34,7 Prozent auf nur noch 26 Prozent festzustellen.

Ich will hier nicht bestreiten, dass auch in Deutschland Kostenprobleme bestehen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass es letztlich auf die Produktivität sowohl der eingesetzten Arbeit als auch des eingesetzten Kapitals ankommt.

Zu den grössten Standortproblemen und damit Wachstumshemmnissen gehört die Innovationsschwäche, die nicht nur in Deutschland, sondern europaweit zu beobachten ist. Die entscheidende Grundlage für Produktivitätssteigerung und damit für Investitionen und Wachstum stellt die Innovation dar. Das deutsche Bundesforschungsministerium hat in einer Untersuchung für Deutschland Folgendes festgestellt: «*Wir leben von der Reserve, der Vorsprung schmilzt, in einigen Wirtschaftsbereichen werden wir abgehängt.*» Es wäre jedoch falsch, das Problem der Innovationen nur auf Fragen der Patente, der Forschungs- und Entwicklungs-Investitionen zu reduzieren. Entscheidend erscheint mir, dass wir erkennen, dass im Mittelpunkt jeder Innovation der wichtigste *Produktivfaktor* stehen muss, nämlich der *Mensch* mit seinen unterschiedlichsten Funktionen im Arbeitsleben. Der Mensch ist ausserdem der am wenigsten mobile Faktor.

Investitionen in Humankapital sind die beste Standortpolitik; sie sind deshalb der entscheidende Ansatzpunkt für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung. Auch hier gilt, dass der Vorsprung Deutschlands schmilzt und – wenn man an das Hochschulwesen denkt – dass wir in einigen Bereichen abgehängt wurden. Schon seit Jahren hat insbesondere die Europäische Kommission darauf hingewiesen, von welch zentraler Bedeutung die kontinuierliche Weiterbildung ist. Ich habe den Eindruck, dass jenseits von vielen Schönwetterreden die Mehrheit in unserer Gesellschaft noch immer nicht verstanden hat, dass Aus- und Weiterbildung den Schlüssel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellt.

Im Bereich der Telekommunikation erleben wir, dass mehr Markt auch neue Regulierung beinhalten muss.

Ich will nicht verhehlen, dass Innovationen auch entsprechender Rahmenbedingungen bedürfen, und dass hierzu auch Deregulierung und mehr Wettbewerb gehört. Ich warne aber davor, hieraus einen ideologischen Grundsatz zu machen. Gerade im Bereich der Telekommunikation erleben wir, dass mehr Markt auch neue Regulierung beinhalten muss, allein schon um den Wettbewerb funktionsfähig zu halten und die Datensicherheit zu gewährleisten.

Die Gewerkschaften sind sich bei ihrer *Tarifpolitik* sehr wohl der zunehmenden Standortkonkurrenz bewusst. Wir können in der Diskussion darauf sicher noch eingehen. Ich möchte feststellen, dass die Flexibilität der Tarifverträge weitaus grösser ist, als oftmals behauptet wird. Dies gilt insbesondere auch für die Möglichkeit, betriebsbezogene Sonderregelungen zu vereinbaren.

Im übrigen – und darauf hatte ich schon hingewiesen – hat sich die Lohnpolitik im mehrjährigen Jahresdurchschnitt immer an der Produktivitätsentwicklung orientiert. Die eigentliche Herausforderung der Tarifpolitik für die Zukunft sehe ich insbesondere in den Bereichen Arbeitsorganisation, Arbeitszeit und Weiterbildung. Es ist selbstverständlich, dass der Tarifvertrag hier nur einen Rahmen abgeben kann, der in den einzelnen Unternehmen ausgefüllt werden muss.

Investitionen in Humankapital sind die beste Standortpolitik.

Nachfrageorientierte Makropolitik

Einen wichtigen Standortfaktor im Verhältnis zu anderen Staaten – ich deutete es schon an – ist der Wechselkurs. Ich möchte dieses Thema hier nicht eingehender behandeln, weil es offenkundig ist, dass die D-Mark-Aufwertungen in Deutschland über viele Jahre hinweg sehr negative Folgen auf Wachstum und Beschäftigung hatten. Dieses Problem wird

sich mit der Wirtschafts- und Währungsunion teilweise erledigen.

Eine standortbezogene, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik bedarf der Ergänzung einer nachfrageorientierten Makropolitik. Gerade die USA haben uns mit ihrer Finanz- und insbesondere mit ihrer Geldpolitik ein positives Beispiel gegeben. Es gibt Untersuchungen des DIW, die nachweisen, dass die europäische Geldpolitik – und dies ist im wesentlichen die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank – verhängnisvolle Folgen auf Wachstum und Beschäftigung hatte. Keiner kann bestreiten, dass ein wesentlicher Teil der heutigen Wachstumsschwäche auf eine Schwäche der Binnenkaufkraft in Deutschland und in Europa zurückzuführen ist. Damit keine Missverständnisse entstehen: Stärkung der Binnenkaufkraft heisst für mich nicht nur grössere Nettoeinkommen für Arbeitnehmer, sondern beinhaltet insbesondere auch mehr öffentliche und private Investitionen.

Angesichts der europäischen Verflechtung unserer Märkte bin ich nicht von einer *national* orientierten Makropolitik überzeugt. Die misslungenen Versuche in den achtziger Jahren in Frankreich und später in Schweden machen deutlich, dass eine sinnvolle Makropolitik nur auf europäischer Ebene erfolgen kann. Nicht zuletzt aus diesem Grund glaube ich, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion eine grosse Chance darstellt, die positiven Erfahrungen der USA nachzuvollziehen. Auch hier muss man sich mit viel ideologischem Ballast herumschlagen; denn wer dies fordert, wird oft verdächtigt, eine inflationäre Haushaltspolitik zu wollen.

Ich kann mir durchaus vorstellen, dass eine regelgebundene koordinierte Finanzpolitik auf europäischer Ebene möglich ist, die sowohl den Zielen der Geldwertstabilität Rechnung trägt, als auch konjunkturelle Entwicklungen berücksichtigt. Warum soll nicht eine koordinierte Finanzpolitik möglich sein, die den Mechanismus der automatischen Stabilisatoren zur Geltung bringt. Zu einer koordinierten Finanzpolitik gehört aber auch – und dies können wir in der Diskussion vertiefen – eine koordinierte Steuerpolitik.

Eine Wachstumspolitik, die zu mehr Beschäftigung führt, kann sich nicht darauf beschränken, Massnahmen zur Erhöhung der Wachstumsrate selbst zu ergreifen. Es besteht kein Zweifel darüber, dass auch optimistische Annahmen zur Wachstumsentwicklung den hohen Sockel an Arbeitslosigkeit nicht völlig werden wegschmelzen können.

Angesichts der europäischen Verflechtung unserer Märkte bin ich nicht von einer national orientierten Makropolitik überzeugt.

Zu einer koordinierten Finanzpolitik gehört aber auch eine koordinierte Steuerpolitik.

«Arbeit vor Kapital» und Arbeitszeitverkürzung

Vor diesem Hintergrund möchte ich abschliessend zwei Ansätze zur Stärkung der *Beschäftigungsintensität* des Wachstums ansprechen. Es handelt sich zum einen um die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit Arbeit durch Kapital weniger substituiert wird. Zum anderen geht es um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die USA und später auch Grossbritannien haben uns demonstriert, wie mit einer Reduzierung der Arbeitskosten am unteren Ende der Arbeitsproduktivitätsskala Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ich will hier deutlich sagen, dass unsere Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft nicht in Einklang zu bringen sind mit Beschäftigungsverhältnissen auf Hungerlohnbasis. Dennoch ist nicht zu bestreiten, dass eine Reihe von *Arbeitsplätzen mit sehr niedriger Arbeitsproduktivität* nur dann angeboten werden, wenn die Bruttolohnkosten für den Unternehmer ein bestimmtes Niveau nicht überschreiten.

Die Herausforderung besteht darin, hier Beschäftigungsverhältnisse zu entwickeln, die einerseits der betriebswirtschaftlichen Kalkulation Rechnung tragen, andererseits aber ein soziales Auskommen für die betroffenen Arbeitnehmer ermöglichen. In Deutschland sind wir zur Zeit dabei, in Gesprächen mit den Arbeitgeberverbänden und der Bundesregierung über einen sogenannten Kombilohn Lösungen zu suchen. Das Ziel, die Beschäftigungsintensität des Wachstums zu erhöhen, ist jedoch aus gewerkschaftlicher Sicht insbesondere über den Weg der *Arbeitszeitverkürzung* zu realisieren. Es geht dabei nicht um eine pauschale Arbeitszeitverkürzung für alle, sondern um differenzierte Ansätze, die sich an der Realität der Unternehmen und an der Interessenlage der Arbeitnehmer orientieren.

In diesem Zusammenhang wird in Zukunft sicher auch die formale Unterschei-

dung zwischen Teilzeit und Vollzeit immer weniger relevant sein.

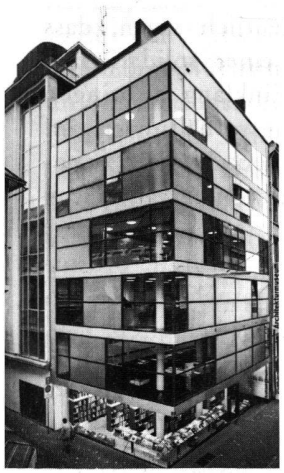
Ich sagte schon, dass es eine zentrale Herausforderung für die Tarifpolitik darstellt, die Fragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeit und der Weiterbildung zu regeln. Gerade die Dänen machen uns vor, wie man Weiterbildung und Arbeitszeitverkürzung vernünftig kombinieren kann. Es ist klar, dass dies zu neuen Modellen der Arbeitsorganisation führen muss. Kein Gewerkschafter leugnet im übrigen, dass Arbeitszeitverkürzungen Kosten verursachen, die in der Lohn- und Gehaltsentwicklung ihren Niederschlag finden müssen.

Die Gewerkschaften sind sich bei ihrer Tarifpolitik ihrer Verantwortung für die Arbeitslosen bewusst. Deshalb wollen wir auch, dass überbetriebliche Tarifverträge, also die Flächentarifverträge, auch in Zukunft ihre Ordnungsfunktion behalten können.

Zum Schluss seien noch einmal vier Kernaussagen zusammengefasst:

1. Massenarbeitslosigkeit ist massgeblich das Ergebnis der Wachstumsschwäche, hat aber auch strukturelle Gründe.
2. Angesichts der Globalisierung muss Standortpolitik gemacht werden.
3. Kapital ist ein mobiler Faktor und geht dahin, wo er die besten Bedingungen findet (transnationale Unternehmen).
4. Immobiler Faktor ist der Mensch; hier hat Standortpolitik anzusetzen (Fliegen gehen zum Licht). ✦

TITELBILD



Das Architekturmuseum in Basel. Photo: Christian Baur, 1959.

Architekturmuseum Basel

Das Museum wurde 1984 als Stiftung gegründet. Es belegt vier Etagen eines Hauses im Zentrum von Basel, das als Lehrstück der Nachkriegsmoderne in der Schweiz zu verstehen ist. Die Architekten *Rasser + Vadi* errichteten das Gebäude 1958/59 über einer ursprünglich gotischen Eckparzelle, die in der Senke zwischen dem Münsterhügel im Osten und jenem von Leonhardskirche und Peterplatz im Westen liegt. Mit der Überdeckung des Flusslaufes der Birsig im letzten Jahrhundert hatte sich das Gesicht der Talstadt drastisch verändert. Der Bau war in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts als Geschäftshaus für Einrichtungsgegenstände konzipiert. In den drei ersten Geschossen befanden sich die Verkaufsräume des «Domus», verbunden mit einer innenliegenden Treppe, darüber Ateliers und Büros.

Die primäre Konstruktion besteht aus drei runden Stützen und den Decken, die in den Brandwänden der Nachbarhäuser verankert sind. Die beiden übrigen Fassaden, nichttragende Vorhangfassaden, sind charakterisiert durch modulare Scheiben aus transparentem oder opakem Glas. In jedem Geschoss erlauben die Glaswände einen intensiven Austausch des Innenraums mit der umgebenden Stadt. So lässt sich das Architekturmuseum als gebaute Interpretation klassischer moderner Vorstellungen lesen: zum Domino-Prinzip eines *Le Corbusiers* oder zu den Curtainwalls eines *Mies van der Rohe*. Durch die Neunutzung als Museum Anfang der achtziger Jahre ist das Gebäude integral erhalten und gepflegt. Die Architekten *Diener & Diener* zeichnen für die Renovation und Einrichtung als Museum verantwortlich. *Ulrike Jehle-Schulte Strathaus*

Das Architekturmuseum stellt in wechselnden Ausstellungen internationale und schweizerische Architektur aus und versteht sich als Vermittler von architektonischen Fragen im weitesten Sinn, nicht nur für Fachleute, sondern für ein breites, interessiertes Publikum. Die Direktorin *Ulrike Jehle-Schulte Strathaus* wird aus den Beständen des Museums die 10 Titelblätter der «Schweizer Monatshefte» im Jahr 1998 gestalten. Auf jedem Titelblatt wird ein Werk der schweizerischen Architektur des 20. Jahrhunderts zu sehen sein, in das sie mit einem kurzen Text einführt.